

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mt.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Sticht-Bundrat)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 14.

Berlin, Mittwoch, 18. Februar 1914.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Der Abfluß des Kapitals ins Ausland. — Statt
Schollenpflichtigkeit Koalitionsfreiheit! — Die end-
gültige Interpretation? — Allgemeine Rundschau. —
Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Der Abfluß des Kapitals ins Ausland.

Deutschland ist allmählich wohlhabend, sogar reich geworden. Es ist mit der Zeit ein Gläubigerstaat geworden. Das heißt, es kann andern Nationen einen Rumpf gewähren und draußen im Auslande Kapitalwerte in wirtschaftlichen Unternehmungen irgendwelcher Art anlegen. Früher waren dazu eigentlich fast nur England und Frankreich imstande und sind es ja auch heute noch an erster Stelle. Neuerdings tut es ihnen aber Amerika und vor allem auch Deutschland nach. Man nennt das einen kapitalistischen Imperialismus.

Warum ist Deutschland allmählich diesen Weg gegangen? Läßt es einen Teil seines Kapitals zu reinem Vergnügen ins Ausland abfließen, oder stehen da irgendwelche Notwendigkeiten dahinter, die es dazu drängen, ja die es dazu zwingen? Das ist eine Frage, die auch die deutsche Arbeiterschaft tief berührt. Darauf ist meines Wissens nach gar nicht oder doch nur andeutungsweise hingewiesen worden. Aber unterjungen wir das Problem in seinem ganzen Umfange.

Zu Anfang und um die Mitte des vorigen Jahrhunderts war das Staatengemisch, das sich Deutschland nannte, ein Land, das hauptsächlich auf den Erträgen der Landwirtschaft fußend, sich in großen und ganzen selbst recht und selbst ernähren konnte, ohne das Ausland dazu in Anspruch nehmen zu müssen. Höchstens Luxus- und Kolonialwaren wurden von draußen eingeführt. Sonst war der Export von Waren kein durchaus dringendes Bedürfnis. Es wäre schließlich, abgesehen von mancherlei Rohstoffen, auch ohne ihn gegangen. Dann aber wuchs in der langen Friedens- und Ruhezeit nach den Freiheitskriegen die deutsche Bevölkerung mehr und mehr. Aus den zwanzig Millionen Menschen wurden dreißig, vierzig, fünfzig. Heute sind es gar über 66. Produzierte Deutschland noch in den sechziger Jahren so viel Getreide, daß es große Mengen davon dem Auslande abgeben konnte, wendete sich das Blättchen von Jahrsfünt zu Jahrsfünt mehr, da die Zahl der offenen Mäuler in Deutschland selbst größer und größer wurde und ihr Hunger gestillt werden mußte. Und eines Tages stellte es sich heraus, daß die heimische Landwirtschaft gar nicht mehr in der Lage war, das deutsche Volk hinreichend zu ernähren. Nun mußten wir das Ausland in steigendem Maße in Anspruch nehmen, um uns von dort Getreide hereinzuholen. Und wie's mit dem Getreide, war's auch mit dem Fleisch. Diese Einfuhr mußte aber irgendwie bezahlt werden. Wodurch? Durch einen Waren-austausch. Deutschland fing an, Waren für andere Völker zu fertigen. Da es aber nicht gerade über viel Rohstoffe verfügte, die auf der deutschen Erde wuchsen, so mußte es Fertigwaren herstellen, das heißt, aus Rohstoffen, die es sich von auswärts kommen ließ, eigene Produkte herstellen: Stoffe und Kleider, Spielzeug, Maschinen und vielerlei mehr. Aber trotz all uneres Fleißes, trotz der Billigkeit unserer Waren (oft auf Kosten der Arbeitslöhne) haben wir es doch bis heute noch nicht zutage gebracht, soviel an Waren dem Werte nach auszuführen, als wir aus dem Auslande einzuführen genötigt sind. Wenn aber ein Kaufmann am Schlusse des Geschäftsjahres feststellt,

daß er mehr für sich und seine Firma ausgegeben hat, als er eingenommen hat, so sagt man, er hat eine passive Bilanz. So hat auch Deutschland seit Jahren schon eine passive Handelsbilanz. Es scheint indessen, als ob sich langsam ein Um-schwung der Dinge vollzieht, als ob wir in ab-sehbare Zeit doch zu einer aktiven Handelsbilanz kommen werden.

Bedeutet nun eine passive Handelsbilanz für uns, daß wir jährlich mehrere, vielleicht viele Hundert Millionen Mark bei dem Warenaustausch drauflegen müssen, also im letzten Grunde die Be-nachteiligten gegenüber dem Auslande sind? Keineswegs. Denn neben unsere Warenausfuhr nach dem Auslande tritt auch (abgesehen von un-erem gewinnbringenden Auslands-transport- und Verkehrswejen) das Kapital. Und damit kommen wir zum Kernpunkt unserer heutigen Ausführungen. Was will und was soll das Kapital?

Das Kapital will zunächst verdienen. Das ist selbstverständlich. Da kann es denn Mög-lichkeiten geben, daß es draußen in der Fremde größere Aussichten auf Verdienst hat als in der eigenen Heimat. Stellen wir uns das moderne, auf Be-stätigung lauernde Kapital einmal vor. In tau-send kleinen Stücken, von fünfzig, von hundert Mark an, bis in die Tausende und Zehntausende, ist es bunt unter die große Masse verteilt. Was tut der einzelne nun. Er sieht sich nach einem regelmäßigen und möglichst hohen Gewinn seiner „Großen“ um. Er will sein Geld nutzbringend anlegen. Dazu geht er auf die Bank und zahlt es dort ein. In den Banken konzentrieren sich dann all die kleinen Posten und wachsen lawinen-artig zu gewaltigen Summen an. Die Bank will aber auch etwas verdienen, muß also das Geld noch günstiger als der kleine Kapitalist anlegen. Darum gehen die Banken mehr und mehr ins Ausland mit ihrem Kapital, wo man ihnen hohe Provisionen und hohe Zinsen zahlt, und wo man ihnen die Möglichkeit gibt, durch die wirtschaftliche und verkehrsmässige Sebung ganzer Landstriche viel Geld zu verdienen. Gleichzeitig (oder eigent-lich früher noch) sind die deutschen Banken über See gewandert und haben Filialen gegründet, um den Geldverkehr, vor allem den Abrechnung-verkehr zwischen dem alten und dem neuen Konti-nent, zwischen Europa, Asien, Afrika und Australien zu erleichtern. 1885 entstand die Deutsche Ueberseebank zur Unterstützung des Han-dels mit Südamerika. Kurz darauf wurde die Brasilianische Bank für Deutschland gegründet, die ihr Arbeitsgebiet bald auch auf Chile ausdehnte. Die Deutsch-asiatische Bank wurde ins Leben ge-rufen, und manche andere Institute mehr folgten. 1903 gab es bereits 32 Niederlassungen deutscher Banken in der Fremde. Heute sind es 11 Ueber-seebanken mit 90 Niederlassungen, die ein Aktien-kapital von 130 Millionen Mark aufweisen.

Wie will das Kapital nun verdienen? Ein-mal durch den bank-, see- und wechselfähigen Abrechnung- und Ueberweisungverkehr, durch den Ausgleich von Hüben und Drüben, der alle möglichen Provisionen, Differenzgeschäfte und dergleichen mehr abwirft. Dann durch die Ausgabe von Wertpapieren. Wozu? Verginskliche Wert-papiere von so und so viel Millionen Mark Ge-samtwert werden von einer Bank ausgegeben und an den Markt, d. i. an die heimische Börse zum Einzelverkauf gebracht, wenn sie entweder von einem Staate als Anleihe aufgenommen worden sind oder zur Bildung neuer wirtschaftlicher Unter-nehmungen dienen. In beiden Fällen arbeitet die Bank, wenn sie Glück hat, mit großen Gewinnen. Nach Berechnungen von Schmoller und Christians

waren schon 1904 zehn Milliarden Mark deutschen Geldes in ausländischen Wertpapieren und 16 Milliarden in ausländischen gewerblichen Unter-nehmungen angelegt. 1910 wurden allein für 739 Millionen Mark ausländische Wertpapiere neu in Deutschland eingeführt. Die Zinsen, also die Coupons, die das Ausland uns für diese Milliarden-Wertpapiere in unserm Besitze zu zahlen hat, machen so viel aus, daß sich die Differenz unserer passiven Handelsbilanz schnell ausgleicht und wir nicht mit einer Mindereinnahme, sondern mit einem Plus in unserm gesamten Waren- und Geldverkehr mit dem Auslande abschneiden. Man sagt: Aus der passiven Handels- ist eine aktive Zahlungsbilanz geworden.

Uns interessiert in diesem Zusammenhange besonders die Anlage deutschen Kapitals in gewerblichen Unter-nehmungen im Auslande. Friedrich Rau-mann schreibt einmal ungefähr, die große Kultur-aufgabe des Kapitals liege in der wirtschaftlichen und kulturellen Erschließung der ganzen Welt. Ehe die ganze Welt nicht „durchkapitalisiert“ sei, könnte von einer Verwirklichung der sozialisti-schen Zukunftsträume nicht die Rede sein. Und bis dahin habe es noch eine gute Weile. Eine solcher großen wirtschaftlichen Aufgaben im Aus-lande ist zum Beispiel unsere verkehrsmässige Er-schließung Kleinasiens durch die Bagdadbahn. Das Gleiche erstreben in China die von uns nachge-suchten Eisenbahnkonzessionen usw. Kurz, das Geld, das aus Deutschland ins Ausland fließt, wird immer größer und nimmt einen gewaltigen Umfang an. Können wir das so ohne weiteres begrüßen? Sind nicht Rück-wirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland erfolgt, die uns keineswegs erfreulich erscheinen können? Man muß das leider bejahen. Wenn im Augen-blicke auch das Geld in Deutschland billig ge-worden ist durch die rasch aufeinander folgenden Dis-kontermäßigungen der Reichsbank, so kann diese vorübergehende Tatsache uns doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der starke Kapitals-abfluß ins Ausland eine Geldknappheit und damit eine Vertueuerung des Geldes herborgerufen hat, die vielerlei im Gefolge hatte. Einmal wurde es den heimischen gewerblichen Unternehmungen aller Art sehr schwer gemacht, Gelder, d. h. Kredit zu bekommen. Dadurch wurde die Unternehmungslust stark beschnitten. Man denke nur an die traurigen Verhältnisse auf dem Baumarkt, im Hypothekewesen. Davon wurden die Arbeiter nicht wenig betroffen. Die Ziffer der Arbeitslosen stieg mächtig, und diese Reservearmee drückte unwillkürlich, trotz der Organi-sationen, auf das Lohnniveau oder hielt zum min-desten Lohnaufbesserungen hintan. Zum Zwei-ten wirkt die chronische Vertueuerung des Geldes auch auf die Lebenshaltung selbst zurück. Die Preise der Lebens- und Bedarfsartikel gehen stetig in die Höhe. Die Hauswirte steigern die Mieten, um die hohen Hypothekenzinsen decken zu können. Das Geld verliert also an Kaufkraft.

Forchten wir aber den letzten Grün- nach, warum das Kapital mit einem Male so stark im Auslande Betätigung sucht, dann kom-men wir zu einem überausbedenklichen Moment. Das Kapital sucht das Ausland auf, indem wir vorher, weil es eine bessere Verzinsung, eine größere Rente haben möchte, als es ihm daheim möglich ist. Und merkwürdig, das deutsche Kapital geht, von Ausnahmen immer abgesehen, nicht etwa nach Oesterreich, nicht etwa nach Amerika und in ein sonst hochkultiviertes Land, wo es immer noch

dies und jenes wirtschaftlich zu erschließen gibt, sondern es geht in die exotischen Länder der Galzkultur, in die Türkei, nach China und Südamerika, Warum wohl? Ist hier nicht das Risiko ungleich größer als in einem sicher gefügigen und gut organisierten Staateswesen? Gewiß! Aber — die Arbeitslöhne in diesen fernen Gegenden sind so niedrig, daß ein gewaltiger Gewinn bei solchen wirtschaftlichen Unternehmungen herausbringen muß, wenn nicht gerade eine große Revolution, ein fürchterliches Erdbeben oder sonst ein elementares Ereignis alles kaputt macht. Der chinesische Kuli arbeitet beinahe für umsonst und kennt keine sozialpolitischen Anforderungen. Die türkischen Arbeiter in Kleinasien sind auch froh, wenn sie eine gute Beschäftigung finden und überhaupt einmal regelmäßig Lohn bekommen. Und anderswo, wie in Südafrika, stellt der indische Hindu ein überaus billiges Arbeitselement dar, oder der Neger.

Auf diesem Umwege taucht für die deutsche Arbeiterschaft eine neue Konkurrenz auf. Kann das Kapital anderswoher keine Kulis, Hindus und Neger als Arbeiter in Deutschland einführen und muß es sich mit Italienern, Polen und Russen begnügen, so verdrängt es dennoch von hinten herum, sich diese Lohnrücker allerhöchster Art nutzbar zu machen. Das ist für den deutschen Arbeiter die gelbe Gefahr. Machen wir die Deffektivität beizeiten darauf aufmerksam. Sorgen wir dafür, daß deutsches Geld schließlich nicht dazu dient, deutsche Arbeiter in der Heimat beschäftigungslos zu machen zugunsten minderwertiger Kulis im Auslande. Es gibt in Deutschland selbst noch so viel wirtschaftlich auszubauen, daß das Geld nicht gleich mit aller Gewalt sich neue Wirkungsfreie im Auslande zu suchen braucht. Maßhalten gilt wie in allen Dingen auch hier. Sonst kommen wir zuguterletzt wieder zu den Zuständen der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, wo jährlich zwei- auch dreimalshunderttausend deutsche Menschen die Heimat verließen, verlassen mußten, um sich draußen eine neue Existenz zu gründen, weil ihnen der inländische Wirtschaftskörper keine rechte Beschäftigung und damit keinen rechten Verdienst zu geben vermochte.

Der Vollständigkeit halber sei hier erwähnt, daß der Abfluß des Kapitals ins Ausland natürlich nur einer, wenn auch einer der hauptsächlichsten Faktoren für die ständige Geldknappheit in Deutschland ist.

Erich Dombrowski - Gera.

Statt Schollenpflichtigkeit Koalitionsfreiheit!

Den Konserbakiven scheint die Aussicht, daß der Zugzug russischer Arbeiter einmal aufhören soll, gehörig in die Knochen gefahren zu sein. Herr v. Oldenburg hat zwar eine böse Zunge und wird zuweilen deutlicher, als seinen Freunden lieb ist. Er hat neulich erklärt, seine Freunde hätten immer eine wahre Angst gehabt, wenn er im Reichstage das Wort ergreifen hätte. Aber er hat doch sehr hohe und höchste Götter, und als er dieser Tage im Landwirtschaftsrat von der Beschränkung der Freizügigkeit sprach, da nicht der Kronprinz ihm zu diesen Aeußerungen sehr beifällig zu.

Herr v. Oldenburg verlangte, daß die Städte keinen Landarbeiter aufnehmen, der nicht eine Wohnung nachweisen kann. Nach seiner Meinung muß überhaupt die Freizügigkeit gesetzlich beschränkt werden, sonst kommt man nicht weiter. Freiherr v. Thün gen fügte hinzu, die Sozialdemokratie habe ihre stärksten Quellen gerade in den Gebieten, wo die Wohlfahrtspflege am stärksten geübt werde. Wo der Herr seine Beobachtungen gemacht hat, das hat er allerdings nicht ver-raten. Uebereinstimmend war man auf der Tagung der Ansicht, daß die Jugend bis zum 20. Jahre an die Scholle gefesselt werden müsse. Man nahm deshalb einen Antrag an: Die elterliche Autorität ist zu stärken, besonders auch gegenüber der mißbräuchlichen Ausdehnung der Freizügigkeit auf jugendliche Personen.

Wir können uns also darauf gefaßt machen, daß die preussische Regierung, da auf den Reichstag ja nicht zu rechnen ist, mit dem Landtage allerlei Versuchen wird, die Freizügigkeit zu beschränken. Was nun die Stärkung der elterlichen Autorität betrifft, so ist das ja an sich etwas Wunderbares, da man nicht ganz mit Unrecht sagt, daß die heutige Jugend allzu früh selbständig wird. Aber in der Beziehung besagt der Artikel 37 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch:

Der § 2 des Gesetzes über die Freizügigkeit vom 1. November 1867 wird dahin abgeändert: Wer die

aus der Reichsangehörigkeit folgenden Befugnisse in Anspruch nimmt, hat auf Verlangen den Nachweis seiner Reichsangehörigkeit und, sofern er unter elterlicher Gewalt oder unter Vormundschaft steht, den Nachweis der Genehmigung des gesetzlichen Vertreters zu erbringen. Eine Ehefrau bedarf der Genehmigung des Ehemannes."

Hiernach haben also die Eltern die Möglichkeit, den Aufenthaltsort ihrer Kinder zu bestimmen und, wenn diese etwa eigenwillig vom Lande in die Stadt wollen, dies zu verhindern. Wahrscheinlich aber machen die Eltern von dem Recht in diesem Paragraphen wenig Gebrauch. Denn wenn sie ihre Kinder zwangsweise im Hause festhalten wollen, so kommt meist wenig dabei heraus. Die Kinder tun dann nicht gut.

Genau so wäre auch die Wirkung ungünstig, wenn durch Gesetz die Jugend bis zum 20. Jahre auf dem Lande festgehalten würde. Freudige und tüchtige Arbeiter gewinnen die Rittergüter auf diese Weise nicht. Der Zwang verführt die Arbeit nicht.

Das andere Wehr, das man gegen die Abwanderung in die Städte aufrichten will, der Nachweis einer Wohnung für jeden Zugehenden, läßt sich gleichfalls mit keinem festen Material aufbauen. An sich ist auch dieser Nachweis nach dem heutigen Recht erlaubt. § 1 des Freizügigkeitgesetzes gibt jedem Reichsangehörigen das Recht, innerhalb des Reichsgebietes an jedem Ort sich aufzuhalten oder niederzulassen, wo er eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen sich zu verschaffen imstande ist. Aber eine Handhabe, damit allerlei überflüssiges Volk von der Stadt fernzuhalten, bietet der Paragraph nicht. Denn junge Leute brauchen keine volle Wohnung, sondern nur eine Schlafstelle. Eine solche aber erhalten wohl die allermeisten. Gerade wer frisch vom Lande kommt, hat die allermeist ein paar Groschen übrig.

Die Sache ist die: Geradezu was zu verlangen, die Freizügigkeit zu beeinträchtigen, scheuen sich die Herren Grundbesitzer. Das klingt denn doch zu mittelalterlich. Das wäre eine üble Erinnerung an das große Jahr 1813. Die Befreiung von 1813 wurde gerade durch Aufhebung der Schollenpflichtigkeit und der Leibeigenschaft geschaffen. Freilich gegen den Widerstand der Ippenliche und Strachtewitze, von denen einer damals an den Staatskanzler Hardenberg schrieb: "Die Urheber solcher Töden, wie der Freizügigkeit der Dienstleute zugrunde liegen, sind Cotilinos, welche den König und den Adel morden werden. Der König muß die Bürger und Bauern, welche den Staat umstürzen wollen, durch den hohen Adel in Ordnung bringen und zum Zwecke dessen sämtliche Real- und Personenvorrechte sowie das ausschließliche Recht auf Staatsämter beseitigen und erhalten." Man sieht, Umsturz sah man damals in vernünftigen Maßregeln genau so wie heute.

Wie gesagt, die Zeiten vor 1810, wo die Flucht vom Dorfe verboten war, wagt man nicht wieder herbeizuführen. Aber halbe Maßregeln, wie die vom Landwirtschaftsrat empfohlenen, helfen nicht.

Deshalb wird den Herren des Ostens nichts weiter übrig bleiben, als die Lage ihrer Arbeiter aufzubessern. Man gebe diesen gute Löhne und anständige Wohnungen und behandle sie als gleichberechtigte Staatsbürger und nicht als solche zweiter Ordnung. Es war doch sehr bezeichnend, daß auf der Tagung des Landesökonomiekollegiums einige Tage zuvor Herr v. Raute eine eingehende Erörterung der Wohnungsfrage auf dem Lande mit der Erklärung abgehandelt hatte, man dürfe jetzt der Deffektivität nicht zu viel Einbild in die ungünstigen ländlichen Wohnungsverhältnisse gestatten. Sonst könnte leicht das im Abgeordnetenhaus verhandelte Wohnungsgesetz die Wohnungsinspektion auch auf das Land ausdehnen.

Eine der wesentlichen modernen Menschenrechte ist das Koalitionsrecht. Auch dies fehlt unsern ländlichen Arbeitern noch völlig, während es fast in allen modern verfaßten Ländern ganz allgemein gilt. In Preußen ist der Kampf für dieses Recht schon alt. Die preussische Verfassung von 1850 verlieh in Artikel 29-30 volle Vereins- und Versammlungsfreiheit. Aber 1854 wurde in der Zeit der schwärzesten Reaktion das Verbot des ländlichen Koalitionsrechtes durchgesetzt, allerdings nur mit knapper Mehrheit. 1862 aber begannen die Fortschrittler im Abgeordnetenhaus den Kampf für das Koalitionsrecht. Sie legten einen Entwurf vor, der die persönliche Freiheit hinsichtlich freiwilliger Abredungen beim Geben und Nehmen von Arbeit sichern sollte. Die Kommission änderte ihn etwas ab, er kam aber nicht mehr ins Plenum. 1863 erfolgten neue verbesserte Anträge. Aber die Sache wurde wieder verschleppt. 1866 entschloß sich dann die Regierung zur Einbringung eines Entwurfs. Der Minister v. Ippen-

plik begründete damals die Vorlage mit folgenden Worten:

"Jedes Koalitionsverbot greift auch in das Privatrecht als Ausnahmestimmung ein. Der freie Gebrauch der Arbeitskraft und die freie Bestimmung der Bedingungen, unter denen Arbeit geleistet wird, bildet im Bereich des Privatrechtes die Regel, welche auch bezüglich aller übrigen Arbeiter als Ausfluß der Freiheit der Person unzweifelhaft gilt. Die Beschränkungen der Koalitionsfreiheit enthalten eine Beschränkung in der Wahl der Mittel, welche auf die Bestimmung der Arbeitsbedingungen und namentlich des Arbeitslohnes einwirken können, indem sie die Verabredung der gemeinschaftlichen Arbeitseinstellung, durch welche der Annahme der Bedingungen Nachdruck verschafft werden soll, und welche einem solchen Nachdruck zu geben besonders geeignet ist, ausschließen."

Der österreichische Krieg hinderte die Fertigberatung. 1867 brachte Schulze-Delitzsch und Genossen ihrerseits einen kurzen Gesetzentwurf ein, der für alle, auch die ländlichen Arbeiter das Koalitionsverbot beseitigte. Er erhielt eine große Mehrheit. Die Sache kam indes nicht zu Ende. 1869 erlangten dann durch die Gewerbeordnung nur die gewerblichen Arbeiter wenigstens eine Art Koalitionsrecht.

Es ist traurig, daß die Landarbeiter trotz der starken Bemühungen in den letzten Jahren heute noch immer auf ihr Koalitionsrecht warten.

Am 22. Januar vorigen Jahres wurden im Reichstag Resolutionen auf Erweiterung des Koalitionsrechtes angenommen. Die Landarbeiter wurden darin allerdings nicht besonders erwähnt. Es war aber selbstverständlich, daß auch diese in den Genuß ihres wichtigsten Menschenrechtes kommen sollten.

Weider hat der Bundesrat in einem jüngsten Bescheid erklärt, daß er nichts tun will. Sache des Reichstags ist es, seine Forderungen immer dringender zu machen und sich nicht mehr abweisen zu lassen. Nur wenn der Landarbeiter in seinen Rechten nicht mehr hinter den städtischen zurücksteht, wird er sich auf dem Lande wohlfühlen und dort bleiben. Die gewerblichen Arbeiter aber kämpfen wohllich für ihre eigene Sache, wenn sie ihren Brüdern auf dem Lande ihr Loos erleichtern helfen. Denn heute noch kommen viel zu viel Leute in die Stadt und drücken die Löhne.

S. A.

Die endgültige Interpretation?

Wie schwer die christlichen Gewerkschaften unter dem Streit mit den Berlinern und seinen Begleiterscheinungen gelitten haben, das zeigt am besten der Eifer, mit dem die Freunde der christlichen Gewerkschaften sich für sie ins Zeug legen. Am Sonntag hat in Essen eine Protestversammlung des Zentrums stattgefunden, zu der sich Vertreter aus ganz Deutschland eingestellt hatten. Auch an Sympathieäußerungen aus allen Teilen des Reiches fehlte es nicht. Der Hauptredner des Tages, der badische Zentrumsführer Wader, selbst ein Geistlicher, hielt eine scharfe Rede gegen die Quertreiber, das sind die Freunde der Berliner, und unter Verneuerung des Gehorsams gegen die kirchlichen Autoritäten in kirchlichen Dingen vermahnte er sich gegen jede Einmischung auch von dieser Seite in weltlichen Fragen. Wenn auch auf den Streit zwischen den beiden gewerkschaftlichen Richtungen nicht eingegangen wurde, so mußte man doch, gegen wen die Angriffe gerichtet waren.

Die Wucht dieser Veranstaltung zugunsten der christlichen Gewerkschaften ist aber nur erheblich abgeschwächt worden durch eine Kundgebung, die von dem Erzbischof von Köln und den Bischöfen von Trier, Osnabrück, Gildesheim, Baderborn und Münster durch die Köln. Volksztg. verbreitet wird. In dieser Kundgebung wird gesagt:

Die Oberhirten der niederrheinischen Kirchenproving und der ihr angeschlossenen Diözesen halten es angeht, der zeit in weiten Kreisen des katholischen Volkes, namentlich in den großen Industriezentren ihrer Sprengel, hinsichtlich der gewerkschaftlichen Organisation entstandenen Unruhe für zweckmäßig, die Grundlage für die Haltung der Mitglieder katholischer Arbeitervereine und der katholischen Arbeiter überhaupt in Erinnerung zu bringen. Auf dem Grundsatze der katholischen Kirche stehend, daß die soziale Frage in erster Linie eine sittlich-religiöse Frage war, ist und bleibt, wird betont, daß auch bei Angelegenheiten, die als rein wirtschaftliche bezeichnet werden, oft sittliche Pflichten mit berührt und sittlich-religiöse Interessen häufig sehr in Mitleidenschaft gezogen werden. Zur Verurteilung der sittlichen Normen dieser Interessen und zur Aufsichtsführung über die Haltung der Katholiken in dieser Hinsicht, zur Abwehr von Gefahren, die der sittlichen Auffassung und Haltung erwachsen können, sind der Heilige Vater und mit ihm die vereinigten Bischöfe zuständig und verpflichtet.

Aus dieser Stellung des kirchlichen Vortrags folgt dessen treue und autoritative Wachsamkeit über den Anschlag der katholischen Christen an Vereinigungen. Diese Wachsamkeit sei nötig zur Wahrung von Interessen religiöser und sittlicher Natur.

Es wird dann auf die päpstliche Enzyklika „Singulari quadam“ näher eingegangen, die nach sorgfältiger Prüfung und Einholung gutachtlicher Neußerungen aller deutschen Bischöfe erlassen worden sei, und gesagt:

Dass die katholische Kirche nach den in dieser Enzyklika dargelegten Grundbächen in erster Linie ihre Empfehlung und Förderung ein katholisches Vereinigen zuwenden muß, ergibt sich aus der dargelegten Aufgabe des kirchlichen Vortrags. Demgemäß wenden auch die Bischöfe der Diözesen Deutschlands ausnahmslos ihre Liebe und Unterstützung den katholischen Ständevereinen, insbesondere den katholischen Arbeitervereinen zu, weil diese Vereine sowohl durch Zusammenziehung und Lösungen, wie durch ihren engeren Anschlag an die kirchliche Autorität am ehesten Gewähr dafür bieten, daß die katholischen Grundbäche voll zur Geltung kommen. Wo die katholischen Arbeitervereine, die zugleich den gewerkschaftlichen Interessen der arbeitenden Klassen dienen, mit einem zum Schutze der wirtschaftlichen Interessen genügenden Erfolg eingeführt sind oder friedlich eingeführt werden können, wäre es in keiner Weise zu billigen, daß katholische Arbeiter sich interkonfessionellen Gewerkschaften anschließen. Wo dies nicht der Fall ist, hat der Seelige Stuhl in wohlwollender Berücksichtigung der örtlichen und der allgemeinen Verhältnisse die Erlaubnis der Mitgliedschaft von Katholiken bei den in Deutschland bestehenden christlichen Gewerkschaften unter besonderen Vorkehrungen ausgedrückt, die der Stellung und der Pflicht des kirchlichen Amtes entsprechen und daher jedem Katholiken als durch die Instanzen geboten erscheinen müssen.

Diese Vorkehrungsmaßregeln sind folgende: An erster Stelle ist dafür zu sorgen, daß katholische Arbeiter, welche Mitglieder solcher Gewerkschaften sind, zugleich den katholischen Arbeitervereinen angehören. Ferner müssen die Gewerkschaften, damit Katholiken ihnen beitreten können, sich von allen fernhalten, was ersonnenlich oder tatsächlich mit dem Geboten und Geboten der Kirche wie mit den Vorschriften der zuständigen kirchlichen Christen nicht im Einklang steht. Auch dürfen katholische Mitglieder, die Gewerkschaften angehören, niemals zulassen, daß dieselben in Sorge für die weltlichen Angelegenheiten der Mitglieder, sich durch Wort oder Tat irgendetwas mit den vom obersten kirchlichen Lehramt verkündeten Vorschriften in Widerspruch setzen.

Außerdem wird weiter gesagt, daß allein die höchste kirchliche Autorität, die solche Normen aufgestellt hat, auch für deren Auslegung zuständig sei. Die Entscheidung darüber, ob die Organisation sich in Widerspruch mit dem Sittengebot der katholischen Kirche legt, habe sich der Seelige Stuhl vorbehalten. Diese Frage soll daher nicht Gegenstand der Polemik seitens katholischer Kreise werden.

Diese Interpretation ist so deutlich, daß nichts dazu gesagt zu werden braucht. Von einer Gleichberechtigung der christlichen Gewerkschaften mit den Berliner Fachabteilungen kann danach nicht mehr die Rede sein. Die christlichen Gewerkschaften sind nach der Auffassung der hohen katholischen Geistlichkeit ein notwendiges Uebel, das nur so lange geduldet wird, wie es ratsam erscheint. Wenn es den Bischöfen beliebt, verbieten sie einfach die Zugehörigkeit zu den christlichen Gewerkschaften, und selbst die Entscheidung in Lohnkämpfen nehmen sie für sich in Anspruch. Wagt man nun noch so viel drehen und deuteln oder erklären, daß die christlichen Gewerkschaften die alten bleiben, — diese neueste Kundgebung der deutschen Bischöfe ist so unabweislich, daß sie ihre Wirkung in der katholischen Arbeiterschaft sicherlich nicht verfehlen wird. Am deutlichsten werden das die Christlichen selbst spüren. Ob sie auch die richtigen Lehren daraus ziehen werden?

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 17. Februar 1914.

Die dritte deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen, die vom 19.—21. Februar im Architektenhause zu Berlin, Wilhelmstraße 92, stattfand, verpricht einen hochinteressanten Verlauf zu nehmen. An den beiden ersten Tagen wird die Landarbeiterinnenfrage in ausgiebigster Weise erörtert werden, auf Grund des Ergebnisses einer Erhebung, die der Ständige Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinneninteressen vorgenommen hat. Der letzte Tag bringt ein Referat von Frau Dr. Elisabeth Altmann-Goththelfer über die Entwicklung der Frauenarbeit in

der Metallindustrie und von Fräulein Dr. Marie Elisabeth Lüders über die Entwicklung der Frauenarbeit in der Konfektionsindustrie. In der Diskussion werden Sachverständige das ebenfalls auf statistischem Wege gewonnene Material ergänzen.

Der Verband der Deutschen Gewerksvereine ist dem Ständigen Ausschuss als korporatives Mitglied angeschlossen. Die Beteiligung an der Konferenz steht unsern Kollegen und Kolleginnen unentgeltlich frei. Wer es mit seiner Zeit vereinbaren kann, soll nicht versäumen, an den interessanten Verhandlungen teilzunehmen. Außerdem machen wir darauf aufmerksam, daß am Freitag abend, 8 1/2 Uhr, ebenfalls im Architektenhause Fräulein Elisabeth Bernhardt über die Lage der Wäscherinnen und Plätterinnen in Kleinbetrieben sprechen wird. Auch der Besuch dieser Veranstaltung kann nur dringend empfohlen werden.

Ein Besuch englischer Arbeiter und Angestellter findet vom 19.—22. Mai in Berlin statt. Es handelt sich um etwa 100 Schüler der National Council of Adult Schools, d. h. der „Schule für Erwachsende“, einer Bewegung, die führende Mitglieder aller britischen Parteien zu Mitarbeitern und Förderern hat. Der Zweck dieses Besuchs wie auch früherer ist die Anknüpfung persönlicher und geistiger Bande zwischen den Arbeitern und Angestellten der beiden großen germanischen Völker. Erleichtert wird dies durch die Unterbringung der Besucher in Berliner Familien. Zur Beschaffung von Quartieren sowie überhaupt zur Vorbereitung und Durchführung des Besuchsprogramms ist ein aus fast allen Groß-Berliner Arbeiter- und Angestelltenverbänden und Privatpersonen bestehender Ausschuss gebildet. Auch die Deutschen Gewerksvereine sind durch die soziale Kommission in diesem Ausschuss vertreten und auch wir werden nach Kräften zum Gelingen dieser Kulturveranstaltung beitragen. Dazu ist natürlich auch die Hilfe unserer Mitglieder erforderlich. An die Ortsvereine sind bereits Formulare zur Anmeldung von Quartieren ausgegeben. Weitere Formulare stehen beim Kollegen E. u. v. J. o. d. n., Greifswalder Straße 21-23, zur Verfügung. Letzter Anmeldetermin ist der 25. Februar.

Kein Arbeitskammergesetz? Der Zentralrat hat Ende vorigen Monats beim Reichstage petitioniert, für die Schaffung eines Arbeitskammergesetzes im Sinne der Kommissionsbeschlüsse einzutreten. Im Anschlag an unsere Petition schreibt nun eine offiziöse Korrespondenz, daß schon im Jahre 1912 von zwei Seiten im Reichstage Entwürfe für ein neues Arbeitskammergesetz eingebracht worden seien. Inbesseren dürfte man es als höchst unwohlwollend ansehen, daß die Reichsregierung sich in absehbarer Zeit zur Einbringung einer neuen Vorlage entschließen wird. Die erste Vorlage scheiterte 1911, weil über die Zulassung der Arbeitersekretäre zu den Kammern eine Einigung zwischen der Regierung und dem Reichstag nicht erzielt werden konnte. Die Regierung lehnte die Arbeitersekretäre als Vertreter der Arbeitnehmer in den Kammern grundsätzlich ab, weil nach ihrer Ansicht der Zweck der Kammern nur erreicht werden könne, wenn unmittelbare und unbeeinträchtigte Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch die Kammern hergestellt würden. Der Gang der Verhandlungen über die Vorlage im Reichstage hat aber nach Ansicht der Regierung, die in dieser Korrespondenz zum Ausdruck kommt, auch benies, daß tatsächlich auf keiner Seite ein wirkliches Vertrauen vorhanden war, daß die Arbeitskammern ihre Aufgabe, die Pflege des wirtschaftlichen Friedens, auch zu lösen imstande sein würden. Der Gedanke der Errichtung von Arbeitskammern hatte nur so lange überzeugte Anhänger, als man nicht an die praktische Durchführung herangetreten war. Man erkannte bei der Durchberatung aller Einzelheiten der Organisation mehr und mehr, daß das ganze Prinzip sich als ungeeignet erwies, die Hoffnungen zu erfüllen, die man ursprünglich daran knüpfte. Durch die sich immer schärfer vollziehende Organisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind die Aussichten auf einen wirtschaftlichen Frieden so in die Ferne gerückt, daß auch Arbeitskammern einen Einfluß in dieser Beziehung kaum noch haben dürften.

In den Kreisen der Arbeiterschaft hat man eine andere Auffassung über die Arbeitskammern und ihre Wirkung. Gerade durch die straffere Organisation der Unternehmer und Arbeiter wird

der Boden für die Arbeitskammern noch besser vorbereitet. Deshalb sollte der Reichstag alles daran setzen, daß ein Arbeitskammergesetz geschaffen wird auf der Grundlage, wie sie die Kommission des letzten Reichstages geliefert hat.

Arbeiterbewegung. Im Kampf bei den Rinke-Hofmann-Werken in Breslau dürften jetzt rund 5000 Arbeiter beteiligt sein. Ihre Zahl hat von Tag zu Tag zugenommen. Im Betriebe sind nur noch Gelbe und einige von auswärts herangeholte Streikbrecher, die aber nicht in der Lage sind, ordnungsmäßig die Arbeit auszuführen. Das Geschäftsleben Breslaus leidet schwer unter der Bewegung. Die kleinen Gewerbetreibenden beabsichtigen infolgedessen, öffentlich zu dem Kampfe Stellung zu nehmen. — In Berlin hatten die Brauereiarbeiter Forderungen gestellt. Der Verein der Brauereien Berlins und Umgegend hat beschloffen, nicht nur die Forderungen, sondern überhaupt jede Verhandlung mit den Arbeitern abzulehnen. Im besten Falle will man den jetzigen Tarif verlängern. — Schwere Differenzen bestanden bis jetzt in der niederländischen Rheinischleppschiffahrt. Dieselben sind jetzt durch den Abschluß eines Tarifvertrages beigelegt worden.

Die Einigungsverhandlungen im österreichischen Buchdruckgewerbe sind zum Abschluß gelangt. Am Montag sollte die Arbeit überall wieder aufgenommen werden. Deutsche Buchdrucker dürfen trotzdem jetzt nicht nach Österreich gehen, weil es natürlich darauf ankommt, die Streikenden wieder an ihre alten Stellen zu bringen.

Die wirtschaftlichen Gefahren der „Volkspflege“. Mit einem gewaltigen Aufwand von Kräften und Druckerlöswärze haben die Leiter der „Volkspflege“ anfangs jeden Zusammenhang mit der Sozialdemokratie bestritten. Als sie dann die traurige Erfahrung machen mußten, daß ihren schönen Worten kein Mensch ein Gewicht beimah, begnügten sie sich schließlich damit, es überzunehmen, wenn von bürgerlicher Seite einmal in Einzelheiten dieser Zusammenhänge hineingeleuchtet wurde. Wie aber alle — weniger wahren Behauptungen bekanntermaßen kurze Weine haben, so ist es den braven „Genossen“ auch hierbei wieder ergangen. Ihre eigenen Freunde sind es, die in harmloser Naivität die Geheimnisse ausplaudern und damit aller Welt offenbar machen, wie berechtigt die Warnungen vor der „Volkspflege“ sind. Wie wir der „Verdigerungs-Welt“ (Nr. 43) entnehmen, lag auf der Leipziger Bauausstellung eine Flugdrift aus, in der sich folgende bezeichnende Sätze befinden:

„Auf Millionen Mitglieder wird sich in Kürze die Zahl der Volksoberlieferung belaufen mit Hilfe der Mitglieder der Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft, der Frauen- und Jugendorganisation. Aus diesen fünf Brunnen wird die Volksoberlieferung gemacht ihre Mitglieder und ihre Millionen an Geldwert schöpfen. Auf dieser gewaltigen Grundlage wird sie erfolgreich weiterbauen können, gestützt auf die großen Leberhöhlen, Zinsen usw., welche die Millionenbeiträge abwerfen werden. Trotz aller gesetzlichen Vorkehrungsmaßregeln, trotz aller ordnungsmäßigen Festlegungen großer Teile des Vermögens wird die Volkspflege und damit die Sozialdemokratie eine gefährdende Geldgeberin werden.“

Das Flugblatt, in dem sich diese Sätze befinden, ist herausgegeben von dem „Leipzig-Flagwäger Konsumverein“, der zu dem „Samburger Zentralverband“ gehört. Klarer und deutlicher kann es wohl nicht ausgesprochen werden, daß die „Volkspflege“ nicht geschaffen worden ist, um die Volkswohlfahrt zu fördern, sondern daß sie in erster Linie den Zweck verfolgt, der Sozialdemokratie neue wirtschaftliche Machtmittel in die Hände zu spielen. Man kann dem roten Konsumverein dankbar für diese Offenheit sein. Der anderen Seite aber erwächst daraus die Pflicht, den braven „Genossen“ zu zeigen, daß sie noch nicht die Herren im Staate sind. Erfreulicherweise haben denn auch die nationalen Kreise nicht untätig diesem Treiben zugehört, sondern sie haben sich in der gemeinnützigen „Deutschen Volksoberlieferung“ ein Unternehmen geschaffen, welches in seinen Leistungen der „Volkspflege“ zum mindesten ebenbürtig sein wird. Betragen von dem Vertrauen des Volkes wird diese Gesellschaft, hinter der heute bereits 2 Millionen nationaler Männer und Frauen stehen, den Kampf gegen die „Volkspflege“ aufnehmen und ihn mit Erfolg führen, wenn ihr, woran in Anbetracht ihrer hohen nationalen und sozialen Aufgabe nicht zu zweifeln ist, die Unterstützung aller wahren Volksgenossen zuteil wird.

Ueber die deutschen Sparkassen im Jahre 1913 entnehmen wir der „Frankf. Stg.“ einige recht interessante Daten. In nicht weniger als neun Monaten des Jahres 1913 war der Geschäftserfolg bei den deutschen Sparkassen günstiger als im Jahre vorher. Nach den amtlichen Angaben läßt sich der Zuwachs der deutschen Sparkassen für das Jahr 1913 auf 900 Mill. Mk. berechnen, von denen allein auf Preußen 600 Mill. Mk. entfallen. Die an der monatlichen Statistik der Zeitschrift „Sparkasse“ beteiligten Sparkassen hatten im Jahre 1913 einen Ueberschuß der Einzahlungen über die Rückzahlungen von 130 Mill. Mk. gegen 53. Mill. Mk. des Vorjahres aufzuweisen. Dabei handelt es sich hierbei aber nur um ein Drittel der gesamten Sparkasseneinlagen. Der Gesamtzuwachs der deutschen Sparkassen muß den Betrag von 1 Milliarde Mark erheblich überschritten haben, wie dies bereits in den Jahren 1909—1911 geschehen war. Nur 1912 hatten die Volkswirtschaften eine Verminderung des Zuwachses auf etwa 900 Mill. Mk. herbeigeführt. Der Hauptanteil des Zuwachses entfällt auf die den Sparern gutgeschriebenen Zinsen, deren Betrag sich für 1913 auf 620 Mill. Mk. stellt.

Als 509. Volksunterhaltung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Sonntag, den 22. Februar, abends 7 Uhr, in der Singakademie, Am Festungsgraben 2, ein heiterer Abend statt. Herr Dr. Alfred Daniel wird rezitieren: „Aus Frohfinns Goldschmiede“, und Fräulein Käthe Birjchel wird Lieder zur Laute vortragen.

Gewerkevereins-Zeitung

8 Offen-Ruhr. Seit Ende Januar verbreiten die Verbändler alle möglichen Schwindeleien über die Gewerkevereiner, von denen sie behaupten, daß sie in Wilhelmshaven auf der Kaiserlichen Werft bei den Arbeiterausführungswahlen mit den Gelben ein Kompromiß gemacht hätten. In den Stimmen, die dieser Rißmacherei, wie man sich geschmackvoll in der sozialdemokratischen „Offener Arbeiterzeitung“ ausdrückt, auf sich vereinnamen, sollen auch die der Berufsschweizer und Schulleute, sowie die der Monatslöhner, Schreiber usw. lutz aller derjenigen, die sich in einer sogenannten „gehobenen“ Stellung befinden, enthalten gewesen sein. Trotzdem habe die Liste der „freien“ Gewerkevereiner einen vollen Sieg erzielt. Mit diesem vollen Siege der „Freien“ ist es aber nicht so schlimm. Während sie nämlich von den 22 Sitzen bisher 20 inne hatten, haben sie jetzt nur noch 17. Sie haben also 3 Sitze verloren. Im Kerger darüber schimpfen sie über die Gewerkevereiner. Ebenso wach wie die Mitteilung über den „Sieg“ sind die übrigen Behauptungen. Daß die Schulleute nicht für unsere Liste gestimmt haben, ist klar. Sie sind nämlich Beamte und dürfen überhaupt

nicht wählen. Was dann das Paktieren mit den Gelben anbetrifft, so gibt es glücklicherweise solche bisher in Wilhelmshaven noch nicht. Es gibt allerdings einige Arbeitervereine, die keiner anderen Organisation angeschlossen sind, die sich aber in der Hauptfrage aus ehe-maligen „Genossen“ aufzusammeln, und auch jegliche „Genossen“ findet man zahlreich in ihnen. Sollten denn das vielschichtige sogenannte „Mutapfeln“ sein, wie sie durch die roten überall gejudet werden? Und dann die Beamten in gehobener Stellung! Es handelt sich dabei um Bureaubienner, Telephonisten, Schreiber usw., die einen Monatslohn von ganzen 100 Mark erhalten. Das nennen die Zielbewußten, die auf der Werft das Fest in Händen haben, Leute in gehobener Stellung. Beschäftigt aber schimpft man jetzt auf diese? Nun eben deshalb, weil sie nicht rot gewählig haben, und weshalb haben sie es nicht getan? Weil die „Genossen“ trotz ihrer Macht nichts getan haben, um diesen Beamten in gehobener Stellung ein etwas höheres Einkommen zu verschaffen.

Im übrigen täten die „Genossen“ gut daran, wenn sie den Mund nicht allzuweit aufreißten. Denn gerade sie schmarozeln auf der Kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven herum schlimmer als die Gelben in Offen. Aber mit solchen Schwindeleien sucht man für die Krankentassenwahlen bei der Firma Krupp Dumme zu fangen. Vernünftige Arbeiter stellen darauf nicht herein, und sie werden dafür sorgen, daß über solche Dinge Aufklärung verbreitet wird. Traurig aber muß es um eine Sache bestellt sein, die mit derartigen Mitteln kämpfen muß.

Verbands-Zeitung

Berichtungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine, Greifswalderstr. 221/23. Mittwoch, 18. Februar, abends 8½ Uhr. Vortrag des Kollegen Edwin über: „Die politischen Parteien“. Gäste fand herzlich willkommen. — **Gewerkevereins-Liedertafel (G.-V.)** Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr. Liedertafel in d. Verbandshaus b. Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal) Gäste willkommen. — **Sonntagsklub.** 21. Februar. **Waschinenbau- u. Metallarbeiter I.** Abends 8½ Uhr bei Gutzeit Bergstr. 69. Wahl zum Delegiertenkongress. Vortrag des Kol. Jordan: „Der Kampf um das Koalitionsrecht.“ — **Waschinenbau- u. Metallarbeiter II.** Abends 8½ Uhr bei Werkstattverammlung im Marthallen-Restaurant, Arminiusplatz. Vortragsabend zum Matzenball. — **Waschinenbau- u. Metallarbeiter III.** Abends 8½ Uhr bei Schönhauser Allee 65. Geschäftliches. Wahl eines Delegierten zum Delegiertenkongress. Vortrag des Herrn Lehner (heiterer Abend). Monatsbericht pro Januar. Werkstattauslegung. — **Sonntagsklub.** 22. Februar. **Waschinenbau- u. Metallarbeiter III.** Vormittags von 10—12 Uhr. Vortrag im Nordwestpark, Al. Noobit 55—56. — **Montag, 23. Februar.** **Waschinenbau- u. Metallarbeiter II.** Abends 8—10 Uhr. Zahlabend. — **Waschinenbau- u. Metallarbeiter VII.** Abends 8—10 Uhr. Zahlabend im Verbandshaus, Greifswalderstr. 221—223.

Waschinenbau- u. Metallarbeiter Char-lottenburg. Die Versammlung findet am 21. Februar statt. Vortrag des Kol. Angermann: „Die Aufgaben der nächsten Delegiertenkongress. Delegiertenwahl.“

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8½ Uhr, Vertreter - Sitzung im Burghof Gesellschaftshaus, Bremen, Kellenstraße. — **Leipzig (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanfken, Sandowertstr. 42. — **Deffau. Gewerkevereins-Liedertafel** jeden Mittwoch, abds. 8½-11 Uhr. Liedertafel. I. Vereinst. „Fasan“, Marktstr. — **Eberfeld-Barmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr, Vertreterkongress bei Roggenkämpfer, Eberfeld, Luisenstr. und Erholungsstr.-Ecke. — **Frankfurt a. M. (Gewerkevereins-Liedertafel).** Jeden Freitag von 8—10 Uhr. Liedertafel im Vereinstokal. — **Hilfstr. 16.** Verbandskollegen herzlich willkommen! — **Geleitstr. (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr. Vertreterkongress. Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 6—8 Uhr, Distriktsklub im Vereinstokal von G. Simon, Alter Markt. — **Hannover b. Wahren.** Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr. Distriktsklub bei Subersius. — **Hannover (Ortsverband).** Jeden 2. Freitag im Monat 8½ Uhr Ortsverbandvertreterkongress bei Hofe, Heinestr. — **Hamburg (Gewerkevereins-Liedertafel).** Jeden Montag von 9 bis 11 Uhr bei Wolf, Lagerstraße 2. — **Hamburg (Gewerkevereins-Liedertafel).** Jeden Donnerstag Liedertafel bei Thüner in Altona, Schmalteierstraße 48—50. — **Herrn (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat Sitzung b. Wm. Wllh. Ruhe, Bohndorf, gegenüber der evang. Kirche. — **Hierstein. Distriktsklub** jeden 2. Mittwoch bei Hüppe. — **Köln (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8½ Uhr Vertreterkongress in der Benz. Erholung, Kreuzgasse. — **Leipzig (Gewerkevereins-Liedertafel).** Die Liedertafel finden jeden Mittwoch abends 9—11 Uhr im Vereinstokal Stadt Hannover, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Mühlheim-Naumb. (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags 11 Uhr, Vertreter - Sitzung im Verbandshaus bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 88. — **Odenburg (Ortsverband).** Am Sonntag, den 8. März nachmittags 4½ Uhr. Versammlung in Dymstraße (Grünenhof). Vortrag des Kollegen Weisheit - Bremen. — **Stettin (Sängerchor d. Gewerkevereine).** Die Liedertafel finden jeden Dienstag abds. 8½ Uhr im Sotal Klub, Poststraße 5, statt. Stimmbegabte Kollegen herzlich willkommen. — **Stettin (Ortsverband).** Distriktsklub. Sitzung jeden Montag abds. 9 Uhr b. Rebel u. Donnerstag, 6. Winter i. Sredow. — **Thorn (Bläser).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Ricolle, Maurstr. 62. — **Weißensefeld a. S. (Sängerverein „Harmonie“ der Deutschen Gewerkevereine).** Liedertafel finden jeden Mittwoch, abds. von 8 bis 11 Uhr im Vereinstokal, „Rößlergarten“. — **Wesinghaide (Gewerkevereinskollegen)** sind willkommen. — **Weißensefeld (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat Distriktsklub in Hermanns Garten. — **Worms (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abends 9½ Uhr, Singabend im Verbandshaus, Rheintal.

Anzeigen-Zeitung

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Der Gewerkeverein
Jahrgang 1913
auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsangehörige und Vereinsbibliotheken
5, sonst 7 Mark
bei vorheriger Einsendung des Betrages.
NB. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.
Bestellungen an den Verbandskassierer
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Nadberg i. Sach. Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsgehalt im Betrage von 75 Pfg. bei dem Kollegen Richard Wenzel, Niedergraben 18.
Jena (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstützung bei Carl Müller, Greifgasse 2, Ecke Oberlängengasse.
Bremen. Die Auszahlung der Reisegeelder der Ortsvereine und des Ortsverbandes erfolgt von jetzt an auf dem Arbeitsvermittlungsbüro, Lindenstr. 2.
Responsible Redakteur Leonor Lewin, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221-23. — Druck und Verlag: Goebde u. Gallinet, Berlin W. Potsdamerstr. 110

Köln und Mühlheim a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Pflegegeldarten im Gewerkevereinsbureau, Severinsstr. 156.
Bamberg. Durchreisende erst im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr von 1. April bis 1. Oktober 75 Pfg. bei E. Gerbe, Wind. Graben 30.
Him a. D. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 1 Mark Unterstützung beim Ortsverbandskassierer Greiner, Pfauenstraße 17.
Schwelm (Ortsverband). Allen durchreisenden Gewerkevereinskollegen wird für Nachtquartier eine Unterstützung von 60 Pfg. pro Nacht. Kartenausgabe bei E. Tragsdorf, Badstraße 2.
Döbeln. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat“ freies Nachtquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen S. Hauptmann, Rejowitzer Straße 9.
Spandau (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen aller Berufs erhalten ein Ortsverbandsgeld von 75 Pfg. im Lokal von R. Schneider, Kölln- und Bismarckstr.-Ecke.
Hirschau (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsgehalt von 75 Pfg. bei ihrem Ortsverbandskassierer.

Für jeden strebsamen Gewerkevereiner
sind folgende sieben erscheinende Schriften, enthaltend die auf dem letzten Verbandsstage gehaltenen Vorträge, für die Verarbeit unentgeltlich.
Tätigkeitsbericht für die Jahre 1910 bis 1912, erhalten unter Verbandsvorsitzenden Karl Goldschmidt;
Das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Großindustrie, von B. Gleichauer, Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis, von R. Schumacher.
Das Stück kostet 10 Pfg.; 10 Stück 80 Pfg.; 20 Stück 1,50 Mk. und 50 Stück 3,75 Mk. bei portofreier Zustellung. Die Bestellung unter Beifügung des Betrages an den Verbandskassierer Rud. Kleis, Berlin N.O. 25., Greifswalderstr. 221-223, zu richten.
Essen (Ruhr). Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband Essen Abendrot, Nachtlohn und Morgenkaffee. Die Pflegegeldarten werden nicht mehr auf dem Gewerkevereinsbureau, sondern bei den einzelnen Kassierern ausgestellt.
Wpolda (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Lokalunterst. bei ihrem Ortsverbandskassierer, Kollegen, deren Ortsverband nicht vertreten, bei E. Kundt, Königstr. 21.
Oberbergischer Ortsverband, St. Witten. Unterstützung von 75 Pfg. an wandernde Kollegen bei Ernst Rißer jun. in Scheiberg, Waldhauserstr. 62, mittags von 12—1 und abds. von 6—8 Uhr.
Senftenberg und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten ein Ortsverbandsgeld von 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer Kollegen Heindl, Heinestr. 10.
Bromberg (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsgehalt beim Ortsverbandskassierer Kollegen Heindl, Heinestr. 10.
Prümkenau (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Vergütung. Kartenausgabe Krauß Hotel.